

1998/J XX.GP

der Abgeordneten Anschober, Petrovic, Freundinnen und Freunde  
an den Bundesminister für Inneres  
betreffend Zuteilung von Beamten zum LGK f NÖ zwecks Grenzsicherung  
Im November 1996 ergingen an die Gendarmerieposten in Tirol und Salzburg  
Fernschreiben, worin mitgeteilt wurde, daß insgesamt 110 Gendarmeriebeamte zwecks  
Überwachung der EU-Außengrenzen in Niederösterreich dem dortigen  
Landesgendarmeriekommando zugeteilt werden müssen. Von Tirol wurden aufgrund dieses  
Fernschreibens 65 Beamte nominiert. Laut diesem Fernschreiben war die Zuteilung vorerst  
für eine Dauer von sechs Monaten vorgesehen. Die Zuteilung sollte grundsätzlich auf  
freiwilliger Basis erfolgen. Das Kontingent von 65 Beamten war für das Land Tirol jedoch  
auf alle Fälle einzuhalten. Falls das vorgesehene Kontingent von 65 Beamten nicht  
freiwillig erfüllt werden konnte, hatte der jeweilige Kommandant Personen dazu zu  
bestimmen .

Im Beamtendienstgesetz ist eine Regelung vorgesehen , die eine Zuteilung ohne Zustimmung  
des Beamten vorsieht. Diese Bestimmung wurde bisher jedoch nur in Ausnahmefällen  
angewandt. Die Beamten des Bundesgendarmeriekommandos sind verbittert, daß gerade  
diese Regelung nun herangezogen wird, um der populistischen Forderung des  
Landeshauptmannes von Niederösterreich und einer bestimmten politischen Gruppierung  
Rechnung zu tragen . Aufgrund dieser Regelung mußten vierzig Tiroler  
Gendarmeriebeamten unfreiwillig den Dienst in Niederösterreich antreten. Verschärfend  
kommt dazu, daß die Unterkünfte für die betroffenen Gendarmeriebeamte in  
Niederösterreich zum Großteil katastrophal sind. Zum Teil mußten die Personen in  
beengten Räumen in Stockbetten und unter mangelnden sanitären Bedingungen schlafen.  
Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Halten Sie es für richtig, Gendarmeriebeamte aus dem gebirgigen Tirol für den  
Grenzschutz in Niederösterreich zwangszurekrutieren?

2. Welche Umstände sind es, die eine derartige Maßnahme notwendig machten?
3. Hat der illegale Grenzübertritt an der Grenze Niederösterreichs zu Tschechien und der Slowakei in den letzten Jahren zugenommen? Wenn ja, um wieviel Prozent ist er im Jahre 1996 gegenüber 1995 angestiegen?
4. Halten Sie es grundsätzlich für sinnvoll, Beamte zwangsweise zu verpflichten?
5. Warum wurde die Entscheidung der Beamten zumindest nicht dadurch erleichtert, daß günstigste Arbeitsbedingungen incl Unterkunft zur Verfügung gestellt werden?
6. Wurde versucht, die Anzahl der notwendigen zusätzlichen Beamten in Niederösterreich auf freiwilliger Basis zu erreichen?